

**PB.W-01** Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 16.03.2021  
Tagesordnungspunkt: PB-W Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

- 1 Klimaneutralität ist die große Chance für den Industriestandort Deutschland. Grüne  
2 Technologien aus Deutschland werden weltweit nachgefragt. Beim erneuerbaren  
Wasserstoff sind  
3 wir Europäer\*innen noch führend. Für große Teile der deutschen Industrie ist das  
Pariser  
4 Klimaabkommen fester Bestandteil der Planungen geworden, unternehmerische  
5 Investitionsstrategien sind auf Klimaschutz ausgerichtet. Die meisten wissen, dass die  
6 Märkte der Zukunft klimaneutral sind. Und sie wissen: Deutschland kann so viel mehr.  
In den  
7 Unternehmen, den Köpfen und den Strukturen stecken die Innovationskraft und der  
Wille, in  
8 die Zukunft zu wirtschaften. Wir sehen, mit welcher Agilität Unternehmer\*innen neue  
Ideen  
9 und Geschäftsmodelle entwickeln. Und wir sind überzeugt, dass das freie und kreative  
10 Handeln, die Dynamik eines fairen Wettbewerbs, die Stärke von gesellschaftlicher  
Kooperation  
11 innovativ Probleme löst.
- 12 Allerdings steht die deutsche und europäische Wirtschaft unter großem Druck: Unser  
13 Industrieland muss sich im globalen Wettbewerb mit autoritärem Staatskapitalismus  
und  
14 weitgehend unregulierten Tech-Giganten behaupten. Die Pandemie hat viele  
Wirtschaftszweige  
15 hart getroffen, einige Sektoren hatten schon zuvor die Transformation verschlafen. Die  
16 Klimakrise und die Endlichkeit von Ressourcen verlangen ein Umsteuern. Zugleich ist  
unser  
17 Verständnis von dem, was Wohlstand ist, im Wandel. Menschen bezweifeln  
zunehmend, dass ein  
18 blindes Wachstum, das zu großen sozialen und ökologischen Problemen führt, richtig  
ist. Wenn  
19 wir es jetzt aber klug anstellen, können wir unser Wirtschafts- und Finanzsystem neu  
eichen.  
20 Wir können eine sozial-ökologische Marktwirtschaft in Europa begründen, die  
Wohlstand und  
21 Wachstum mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient. Sie  
ist  
22 Ausgangspunkt für eine neue wirtschaftliche Dynamik, die zukunftsfähige Jobs schafft,  
23 Lebensqualität sichert und uns Menschen freie Entfaltung ermöglicht und einen  
klimagerechten  
24 Wohlstand schaffen kann.
- 25 Dafür ist eine Politik nötig, die will, die nach vorne führt und verlässlich steuert. Nicht,  
26 weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern weil die Wirtschaft klare Verhältnisse,

27 verlässliche politische Rahmenbedingungen und Anreize braucht. Nur dann haben  
Unternehmen  
28 Planungssicherheit und wissen, dass sich klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften  
lohnt.

29 Ungeregelte Märkte können sehr viel zerstören. Wenn wir Märkte aber nachhaltig und  
sozial  
30 gestalten, können sie mit ihrer Wucht Innovationen entfachen, die wir für die  
Transformation  
31 brauchen. Damit das gelingt, stellen wir die Weichen konsequent auf Klimaneutralität  
und  
32 ermöglichen der Wirtschaft neue Spielräume innerhalb der planetaren Grenzen. Wir  
schaffen  
33 Anreize, streichen umweltschädliche Subventionen und setzen ordnungspolitische  
Regeln, um  
34 nachhaltig zu produzieren, zu handeln und zu konsumieren. Wir geben dem Wachstum  
eine  
35 Richtung und bemessen Wohlstand neu. Wir starten eine umfassende  
Investitionsoffensive,  
36 öffentlich wie privat, um dem immensen Investitionsstau in unserem Land zu  
begegnen und  
37 Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung deutlich zu stärken. Dafür setzen wir auf eine  
38 vorsorgende Haushaltspolitik.

39 Wir gehen die Ungerechtigkeiten im Steuersystem entschlossen an und sorgen dafür,  
dass sich  
40 sehr wohlhabende und reiche Menschen und große Konzerne ihrer Verantwortung  
stärker stellen.

41 Globale Konzerne sollen nicht mächtiger sein als Staaten – es gilt das Primat der  
42 demokratischen Politik zu behaupten. Hohe Einkommen und Vermögen sollen mehr zur

43 Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen, denn Gesellschaften, in denen die  
Ungleichheit  
44 gering ist, sind zufriedener Gesellschaften.

45 Wirtschafts- und Finanzpolitik muss europäisch gemacht werden. Als Europäer\*innen  
können wir  
46 mit unserem starken gemeinsamen Binnenmarkt internationale Standards setzen und  
Innovationen  
47 vorantreiben. Solange es Wettbewerbsverzerrung gibt, braucht es auch den Schutz  
des  
48 europäischen Marktes und vor allem der kritischen Infrastruktur. Zugleich setzen wir  
uns für  
49 eine gemeinsame strategische Außenwirtschaftspolitik ein, die Fairness zu einem  
Gebot des  
50 internationalen Wettbewerbs und des freien Welthandels macht und weltweit  
nachhaltiges  
51 Wirtschaften befördert. Als Europäer\*innen investieren wir gemeinsam in Klimaschutz,  
52 Forschung und den Wohlstand der Zukunft, den Weg dahin bereit ein Green New Deal.  
In einer  
53 Bundesregierung werden wir alles dafür tun, dass die Europäische Union der erste

CO<sub>2</sub>-freie  
54 Wirtschaftsraum wird.  
55 Mit all diesem legen wir die Grundlagen dafür, dass Deutschland und Europa  
erfolgreiche  
56 Industriestandorte mit hoher Wertschöpfung, starkem Sozialstaat und guten  
Arbeitsplätzen  
57 bleiben. Dafür, dass notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig  
werden,  
58 dass zukunftsfähige neue Jobs im Handwerk, bei Start-ups und in der  
Dienstleistungsbranche  
59 entstehen – in traditionsreichen und innovativen Industrieunternehmen, im  
Maschinenbau, in  
60 kleinen und mittelständischen Betrieben. Wir wollen, dass Deutschland und Europa  
auch bei  
61 neuen Technologien die Spitze beanspruchen – seien es E-Autos, saubere Batterien,  
62 Quantencomputer, Künstliche Intelligenz oder moderne Biotechnologie. Mit einer  
aktiven  
63 Wirtschafts- und Industriepolitik zeigen wir eine Richtung auf und bieten  
zukunftsfähigen  
64 Unternehmen gute Bedingungen. So machen wir aus der Marke „Made in Germany“  
ein Gütesiegel  
65 für zukunftsfähige Industrie in einem klimaneutralen Europa.

## 66 **Wir fördern Unternehmergeist, Wettbewerb und Ideen**

### 67 **Ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen**

68 Nach der Corona-Pandemie braucht unser Land einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch.  
Das  
69 Beste, was die Politik dazu beitragen kann, ist, das zu tun, was sie die letzten zehn  
Jahre  
70 sträflich versäumt hat: in unsere gemeinsame Zukunft zu investieren. Nur wenn auch  
der Staat  
71 seinen Teil beiträgt, wenn öffentliche und private Investitionen gemeinsam auf ein Ziel  
72 ausgerichtet werden, wird Europa den Anschluss an moderne Zukunftstechnologien  
halten und  
73 sich im Wettbewerb mit den USA und China behaupten können. Wir starten in der  
nächsten  
74 Legislaturperiode eine Investitionsoffensive. In schnelles Internet, überall. In  
75 Spitzenforschung vom Quantencomputer bis zur modernsten Biotechnologie. In  
klimaneutrale  
76 Infrastrukturen, in Ladesäulen, einen Ausbau der Bahn, emissionsfreie Busse und  
moderne  
77 Stadtentwicklung. Wir wollen, dass Deutschland bei den öffentlichen Investitionen im  
78 Vergleich der Industrieländer vom Nachzügler zum Spitzenreiter wird, und in diesem  
Jahrzehnt  
79 pro Jahr 50 Milliarden Euro zusätzlich investieren. So gelingt die sozial-ökologische  
80 Transformation, so schaffen wir nachhaltigen Wohlstand und sichern die

Wettbewerbsfähigkeit

81 unseres Landes in einer handlungsfähigen Europäischen Union.

## 82 **Neustart nach der Corona-Krise**

83 Die Corona-Pandemie hat viele Unternehmen hart getroffen. Während die einen sich hoch

84 verschulden mussten, haben es andere nicht durch die Krise geschafft und mussten ihr

85 Geschäft aufgeben. Besonders hart hat es Restaurants, Hotels, die Tourismus- und  
86 Veranstaltungsbranche, die Kulturwirtschaft, aber auch viele Einzelhändler\*innen getroffen.

87 Ein Neustart nach der Corona-Krise muss daher gezielt den besonders betroffenen Branchen

88 helfen. Damit sichern wir Existenzen, erhalten Arbeitsplätze und setzen zielgenaue  
89 konjunkturelle Impulse. Hierfür dehnen wir den steuerlichen Verlustrücktrag aus, führen

90 attraktive und zeitlich begrenzte Abschreibungsbedingungen ein und helfen kleinen und

91 mittleren Unternehmen, sich mit vereinfachten Restrukturierungsverfahren leichter neu

92 aufzustellen, ohne Insolvenz anmelden zu müssen. Falls Corona-Soforthilfen zurückgezahlt

93 werden müssen, benötigen die Unternehmen großzügige Stundungen. Für Selbständige braucht es

94 vor allem sichere Aufträge durch handlungsfähige Kommunen, die wir unter anderem durch eine

95 abgestimmte Kulturförderpolitik stärken wollen.

## 96 **Klimaschutztechnologien made in Germany**

97 Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. Made in Germany

98 soll zukünftig nicht nur für Qualität, sondern noch stärker für nachhaltige und innovative

99 Produkte und Prozesse stehen. Digitalisierung und Klimaneutralität müssen Staat und  
100 Unternehmen gemeinsam in Angriff nehmen. Während der Staat mehr öffentliche Investitionen

101 realisiert, wollen wir zugleich Anreize für mehr Investitionen durch Unternehmen setzen.

102 Dafür erweitern wir zielgerichtet die Spielräume für die Unternehmen: Investitionen sollen

103 zeitlich befristet degressiv mit mindestens 25 Prozent abgeschrieben werden können. Die

104 steuerliche Förderung von Forschung für KMU erhöhen wir. Öffentliche Investitionszuschüsse

105 sollen gerade bei neuen Technologien eine Starthilfe geben; Klimaverträge helfen, dauerhafte

106 Planungssicherheit für langfristige Klimaschutzinvestitionen zu geben.

## 107 **Ein Gründungskapital einführen**

108 Um den Wohlstand von morgen zu sichern, brauchen wir eine neue  
Gründer\*innenwelle. Mit einem  
109 unbürokratischen Gründungskapital, das Gründer\*innen einen Einmalbetrag bis  
maximal 25.000  
110 Euro sicherstellt, wollen wir dafür sorgen, dass keine gute Idee an zu wenig  
Eigenkapital  
111 scheitert. Gründer\*innen sollen es leicht haben: Statt sich durch ein  
Verwaltungsdickicht zu  
112 quälen, sollen sie Information, Beratung und Anmeldung in einer zentralen Anlaufstelle  
113 erledigen können – überall in Deutschland. In den ersten zwei Jahren sollen sie  
weitgehend  
114 von Melde- und Berichtspflichten befreit werden. Frauen sind bei Gründungen noch  
115 unterrepräsentiert, sie wollen wir gezielt fördern mit einem staatlichen  
Wagniskapitalfonds  
116 nur für Frauen. Hürden sollten auch für Menschen mit Migrationsgeschichte abgebaut  
werden,  
117 hier lässt unser Land ein riesiges Potenzial brachliegen. Bei der öffentlichen Vergabe  
118 beziehen wir Start-ups besser ein und vereinfachen dafür Vergabeverfahren und  
Regeln zur  
119 Eignungsprüfung. Gerade bei ausbleibender Finanzierung wollen wir die  
gemeinwohlorientierte  
120 Entwicklung von digitalen Lösungen fördern.

## 121 **Fairer Wettbewerb um klimaneutrale Industrietechnologien**

122 Die energieintensiven Industrien – Stahl, Zement, Chemie – stehen für 15 Prozent des  
123 deutschen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Zugleich bieten sie hunderttausende gute Arbeitsplätze  
und sind  
124 ebenso Eckpfeiler unseres Wohlstandes. Wir wollen diese Industrien zum  
Technologievorreiter  
125 bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse machen. Der Maschinenbau kann beim  
weltweiten  
126 Einsatz grüner Technologien „made in Germany“ eine Schlüsselrolle einnehmen. So  
bekämpfen  
127 wir die Klimakrise und tragen zur Sicherung des deutschen Industriestandorts bei. Mit  
128 Investitionszuschüssen und einer degressiven Abschreibung fördern wir direkt die  
129 Transformation. Mit dem Abbau von Hürden bei der grünen Eigenstromversorgung  
treiben wir die  
130 Dekarbonisierung der Prozesse voran. Klimaverträge (Carbon Contract for Difference),  
die die  
131 Differenz zwischen dem aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis und den tatsächlichen CO<sub>2</sub>-  
Vermeidungskosten  
132 erstatten, sorgen für Investitionssicherheit. Und mit Quoten für den Anteil CO<sub>2</sub>-  
neutraler  
133 Grundstoffe schaffen wir Leitmärkte für CO<sub>2</sub>-freie Produkte. In der Chemieindustrie  
wollen

134 wir die Transformation weg von Öl und Plastik hin zu nachwachsenden Rohstoffen  
135 voranbringen.

### 135 **Automobilindustrie im Aufbruch**

136 Die Automobilindustrie steht vor gewaltigen Umbrüchen. Weltweit läuft der  
137 Wettbewerb um das  
138 emissionsfreie und digitale Auto der Zukunft. Nach Jahren des Stillstands hat sich auch  
139 die  
140 Branche in Deutschland endlich auf den Weg gemacht. Jetzt braucht es  
141 Entschlossenheit und  
142 Zusammenarbeit, damit unsere Autobauer in Zukunft wieder die Nase vorn haben. Klar  
143 ist: Der  
144 fossile Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Wir wollen ab 2030 nur noch  
145 emissionsfreie  
146 Autos neu zulassen. Wir unterstützen bei Forschung und Innovation und sichern einen  
147 schnellen Aufbau der Ladesäuleninfrastruktur und eine weitere Förderung des  
148 Markthochlaufs  
149 von emissionsfreien Fahrzeugen zu. Aktuell haben Deutschland und Europa den  
150 Anschluss bei  
151 der Batteriezellenproduktion und damit viel Wertschöpfung verloren. Das darf sich bei  
152 den  
153 Batterien der nächsten Generation, die günstiger und ressourcensparender sind, nicht  
154 wiederholen. Wir wollen Europa zum Weltmarktführer einer ökologischen  
155 Batteriezellenproduktion machen, zu der ein wirksames Recyclingsystem gehört sowie  
156 die  
157 Forschung und Entwicklung der nächsten Batteriegeneration. Dazu setzen wir auf klare  
158 Vorgaben bei den Ökostandards und ein umfassendes Forschungs- und  
159 Förderprogramm. Wir wollen  
160 zudem die besonders betroffenen Autoregionen mit regionalen  
161 Transformationsdialogen und -  
162 fonds unterstützen.

### 152 **Europäische Halbleiterindustrie stärken**

153 Eine erfolgreiche und weitsichtige Industriepolitik wird nur dann funktionieren, wenn  
154 auch  
155 gesamteuropäisch gedacht wird. Gerade mit Blick auf eine nötige sektorale  
156 Strukturförderung,  
157 wie den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur, der Batteriezellfertigung oder  
158 Förderung der  
159 Halbleiterindustrie, ist eine europäische Ausrichtung entscheidend. Um kritische  
160 Abhängigkeiten zu verringern, soll die EU-Kapazität im Bereich der  
161 Halbleitertechnologie wie  
162 von der EU-Kommission vorgeschlagen auf 20 Prozent der weltweiten Produktion  
163 ausgebaut  
164 werden. Das gilt vor allem für die Bereiche, in denen wir bei der Halbleitertechnologie  
165 für  
166 industrielle Anwendungen bereits eine starke europäische Stellung haben oder in  
167 denen eine

161 besonders dynamische zukünftige Entwicklung zu erwarten ist. Hierzu müssen  
Investitionen  
162 entlang der Halbleiter-Wertschöpfungskette erhöht werden.

### 163 **Kreislaufwirtschaft mit einer Reparatur- und Recyclingindustrie**

164 Müll ist ein Designfehler und eine Verschwendung wichtiger Ressourcen und Rohstoffe  
– die  
165 endlich sind und uns abhängig machen. Ob Verpackung, Auto oder Laptop – wir  
schaffen die  
166 gesetzlichen Grundlagen dafür, um alle Produkte lange zu verwenden, reparieren und  
recyceln  
167 zu können. Im Ergebnis heißt das bis 2050: kein Müll mehr, dafür mehr grüne Jobs vor  
Ort in  
168 einer neuen europäischen Reparatur- und Recyclingindustrie, die die Abhängigkeit von  
169 Ressourcen und Rohstoffimporten verringert. Den Weg dorthin weisen wir mit  
stärkeren  
170 Herstellerverpflichtungen, ambitionierten Recyclingquoten und gezielten  
Förderprogrammen.  
171 Bis 2030 werden wir alle Güter und Materialien, die auf den Markt kommen, mit einem  
172 digitalen Produktpass ausstatten, der alle wichtigen Informationen über Design,  
173 Reparierbarkeit und Materialien enthält, die wir für die Kreislaufwirtschaft brauchen.

### 174 **Forschungsergebnisse in die Praxis bringen, Gründungskultur beleben**

175 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird nach höchsten Standards  
geforscht.  
176 Vielversprechende Forschungsergebnisse – gerade auch aus der Grundlagenforschung  
– müssen  
177 aber noch öfter in die Praxis gelangen. Die Impfstoffefolge machen dabei Mut: Aus  
einer  
178 Zufallsentdeckung wurde eine völlig neue Technologie, die in Rekordzeit die  
Entwicklung und  
179 Produktion gleich mehrerer Corona-Impfstoffe ermöglicht hat. Vielfach mangelt es in  
der  
180 deutschen Wissenschaft an einer lebendigen Gründungskultur, strukturelle Hemmnisse  
181 verhindern Ausgründungen. Die bestehenden Förderprogramme reichen nicht aus. Wir  
wollen den  
182 Ausbau von Förderprogrammen für Hightech-Start-ups, Gründungszentren und  
Entrepreneurship-  
183 Ausbildungen vorantreiben. Statt unattraktiver Lizenzregelungen wollen wir die stille  
184 Beteiligung der öffentlichen Institutionen zum neuen Ausgründungsstandard machen.

### 185 **Frauen an die Spitze**

186 Deutschland ist vielfältig, seine Führungsetagen sind es (noch) nicht. Dabei führen  
diverse  
187 Teams Unternehmen erfolgreicher. Die Vielfalt der deutschen Gesellschaft muss sich  
deshalb

188 auch dringend in den Führungs- und Entscheidungsgremien und der Wirtschaft  
abbilden. Obwohl  
189 Frauen mindestens gleich gut qualifiziert sind wie Männer, fehlen sie dort. Freiwillige  
190 Regelungen haben nichts gebracht. Deshalb soll zukünftig mindestens ein Drittel der  
191 Vorstandssitze größerer und börsennotierter Unternehmen bei einer Neubesetzung an  
eine Frau  
192 gehen. Um das zu erleichtern, wollen wir auch Hindernisse wie fehlende  
Elternzeitregelungen  
193 im Aktienrecht beseitigen. Die Aufsichtsräte dieser Unternehmen sollen bei  
Neubesetzungen  
194 einen Frauenanteil von 40 Prozent anstreben. Unternehmen, die in der Hand des  
Bundes sind  
195 oder an denen der Bund beteiligt ist, sollen mit klaren Plänen für paritätische  
196 Betriebsstrukturen als gutes Beispiel vorgehen. Die Wirtschaftsförderung wollen wir  
197 geschlechtergerechter ausgestalten und Frauen dort, wo sie unterrepräsentiert sind,  
mit  
198 gezielten Maßnahmen fördern, zum Beispiel durch einen staatlichen  
Wagniskapitalfonds nur für  
199 Gründerinnen.

## 200 **Fachkräftemangel bekämpfen**

201 Durch den demografischen Wandel wird in den kommenden 15 Jahren die Zahl der  
Menschen im  
202 erwerbsfähigen Alter um 6 Millionen schrumpfen. Gleichzeitig erfordern die Berufe der  
203 Zukunft ganz neue Fähigkeiten. Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich  
verstärken. Dem  
204 wollen wir entgegenwirken. Dafür investieren wir mehr in berufliche und  
berufsbegleitende  
205 Bildung. Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei werden. Wir lassen keine  
206 Potenziale mehr ungenutzt: Hürden, die Frauen, Älteren, Menschen mit  
Behinderungen,  
207 Jugendlichen aus einkommensarmen Elternhäusern oder Menschen mit  
Migrationsgeschichte oft  
208 noch im Weg stehen, bauen wir ab. Einwanderung in unser Land erleichtern wir mit  
der  
209 Einführung einer Talentkarte und einer schnelleren Anerkennung ausländischer  
Bildungs- und  
210 Berufsabschlüsse, auch wechselseitig in der EU. Geflüchtete sollen die Möglichkeit  
zum  
211 Spurwechsel bekommen, der ihnen während Ausbildung, Studium und Arbeit mehr  
Rechtssicherheit  
212 und damit eine berufliche Perspektive in Deutschland ermöglicht. Wir unterstützen  
Betriebe,  
213 die Geflüchteten und Einwander\*innen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung  
geben, bei  
214 Bedarf durch Qualifizierung, Beratung und Begleitung.



## 215 **Mittelstandspolitik ist Innovationspolitik**

216 Der deutsche Mittelstand ist vielfältig, innovativ und international wettbewerbsfähig.  
Hier  
217 entstehen die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft, er sichert  
Wertschöpfung in  
218 den Regionen und für sie. Unsere Mittelstandspolitik setzt auf den Dreiklang aus  
219 Verringerung bürokratischer Lasten, einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sowie  
einer  
220 breitenwirksamen Forschungslandschaft. Mit schnelleren Planungen und  
Genehmigungen und einer  
221 effizienten, digitalen Verwaltung unterstützen wir den Mittelstand bei Innovation und  
222 Transformation. Berichtspflichten sollen vereinfacht werden. Dafür sollten Vorhaben  
223 ausgetestet und mit Anwender\*innen aus Verwaltung und Unternehmen aller Größen  
gemeinsam  
224 verbessert werden. Dafür ist die konsequente Anwendung und Verbesserung  
sogenannter KMU-  
225 Tests auf nationaler und europäischer Ebene erforderlich. Förderprogramme und  
226 Investitionszuschüsse wollen wir so ausgestalten, dass sie vor allem KMU  
zugutekommen. Dafür  
227 sollen sie deutlich einfacher zu beantragen und zu dokumentieren sein. Außerdem  
sollen  
228 passgenaue Beratungen für Digitalisierung und Klimaschutz gefördert werden, auch  
über  
229 längere Zeiträume.

## 230 **Zukunftsfähigkeit eines starken Handwerks sichern**

231 Das Handwerk ist in unserem Alltag überall präsent und unverzichtbar. Es zeichnet  
sich durch  
232 eine große Heterogenität aus: vom Heizungsinstallateurbetrieb bis zur Bäckerei, vom  
233 mittelständischen Unternehmen mit hunderten Beschäftigten bis zum Kleinstbetrieb.  
Das  
234 Handwerk ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. Es bietet  
gerade im  
235 ländlichen Raum jungen Menschen eine Perspektive. Gerade für sie liegen in der  
ökologischen  
236 Transformation riesige Chancen - von der Gebäudesanierung bis zum Heizungstausch.  
Durch die  
237 Senkung der EEG-Umlage sorgen wir für bezahlbare Strompreise. Durch  
Bürokratieabbau, die  
238 Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk  
wollen  
239 wir die Rahmenbedingungen verbessern. Oberstes Ziel ist der Erhalt und die  
Zukunftsfähigkeit  
240 der Betriebe. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf eine  
stärkere  
241 Tarifbindung, branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von  
beruflicher und akademischer Ausbildung. Die Durchlässigkeit vom Studium zum  
Handwerk und

243 zurück sollte selbstverständlich werden, genauso wie internationaler Austausch und  
Zugang zu  
244 Stipendien.

## 245 **Kultur schafft Wohlstand**

246 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine der am meisten unterschätzten Branchen in  
247 Deutschland. Vor Corona erzielten die über 1,2 Millionen Kreativen und  
Kulturschaffenden  
248 allein im Jahr 2019 einen Umsatz von knapp 180 Milliarden Euro – mehr als  
beispielsweise die  
249 chemische Industrie oder Finanzdienstleister. Doch die Kultur- und Kreativwirtschaft ist  
250 durch die Corona-Krise existenziell bedroht. Nur mit gezieltem Schutz und verbesserter

251 Förderung werden wir große Teile unseres kulturellen Lebens vor dem Wegbrechen  
retten

252 können. Wir erweitern den Innovationsbegriff in den Programmen zur  
253 Existenzgründungsförderung, sodass davon auch die Kultur- und Kreativwirtschaft  
profitiert.

254 Förderprogramme schneiden wir spezifisch auf die Bedürfnisse der Kultur- und  
255 Kreativwirtschaft zu und wir bauen die Gründungsförderung aus der Arbeitslosigkeit  
256 bedarfsgerecht aus.

## 257 **Der Tourismuswirtschaft nachhaltig auf die Beine helfen**

258 Die Reise- und Tourismuswirtschaft – ein zentraler Wirtschaftsfaktor und  
millionenfacher

259 Arbeitgeber – ist durch die Corona-Krise schwer getroffen. Wir wollen ihr wieder auf die

260 Beine helfen und zugleich den Nach-Corona-Tourismus klimaschonender, ökologischer  
und sozial

261 nachhaltiger gestalten. Ein ökologischer und sozial blinder Massentourismus mit  
262 klimaschädlichen Kreuzfahrtschiffen, endloser Müllproduktion und riesigem  
263 Ressourcenverbrauch hat keine Zukunft. In einem nachhaltigen Tourismus liegen  
hingegen

264 riesige Chancen. Nachhaltigen oder sanften Tourismus wollen wir gerade in ländlichen  
265 Regionen gezielt entwickeln, zum Beispiel durch den Ausbau touristischer Rad- und  
266 Wasserwege. Mit einem Jedermannsrecht in öffentlichen Gebieten, wie in Skandinavien  
üblich,

267 wollen wir Natur für alle erlebbar machen. Die Bahn soll zum Tourismus-Reisemittel Nr.  
1

268 werden – durch ein europäisches Nachtzugnetz und die gezielte Anbindung  
touristischer

269 Regionen an das Bahnnetz. So kann der Tourismus dabei mithelfen, eine Welt zu  
erhalten, die

270 es sich auch in Zukunft noch zu bereisen lohnt.

## 271 **Wir geben dem Markt einen sozial-ökologischen Rahmen**

### 272 **Wohlstand neu bemessen**

273 Wohlstand definiert sich nicht allein durch Wachstum des BIP, sondern lässt sich viel  
274 breiter als Lebensqualität verstehen. Wir wollen den wirtschaftlichen Erfolg  
Deutschlands  
275 und der Unternehmen nicht nur an Wachstum und Rendite, sondern auch anhand  
sozialer,  
276 ökologischer und gesellschaftlicher Kriterien messen und die Wirtschaftsförderung  
277 entsprechend ausrichten. Dafür soll in Zukunft neben dem Jahreswirtschaftsbericht ein  
278 Jahreswohlstandsbericht veröffentlicht werden. Dieser berücksichtigt dann zum  
Beispiel auch  
279 den Beitrag des Naturschutzes, einer gerechten Einkommensverteilung oder auch  
guter Bildung  
280 zum Wohlstand unserer Gesellschaft.

### 281 **Den europäischen Green Deal ambitioniert gestalten**

282 Mit dem Europäischen Green Deal hat die EU-Kommission ein Programm vorgelegt, um  
die  
283 Europäische Union zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Es umfasst  
284 Gesetzesvorschläge in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie für eine  
gestärkte  
285 Wettbewerbsfähigkeit, Energiesicherheit und Innovationsdynamik einer  
dekarbonisierten  
286 europäischen Wirtschaft. Wir setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung und eine  
287 ehrgeizige Umsetzung auf allen Ebenen ein. Wir machen weiter Druck, damit die  
ökologische  
288 Wende dazu beiträgt, Ungleichheit zu verringern. In der Landwirtschaftspolitik  
kämpfen wir  
289 dafür, dass die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und ihre Umsetzung unter die  
Ziele des  
290 Green Deal gestellt werden, da sie immense Auswirkungen auf Umwelt- und  
Artenschutz  
291 entfalten. In der Handelspolitik wollen wir Umwelt- und Sozialkapitel von zukünftigen  
292 Handelsverträgen rechtsverbindlich und sanktionierbar machen.

### 293 **Die Macht des europäischen Binnenmarkts für die Transformation nutzen**

294 Der europäische Binnenmarkt ist eine Erfolgsgeschichte, die gerade im globalen  
Wettbewerb  
295 auf seinen hohen Standards beruht: im Verbraucher- und Datenschutz, im Umwelt- und  
296 Gesundheitsschutz sowie für die soziale und Produktsicherheit. Diese hohen Standards  
wollen  
297 wir im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation des Binnenmarkts erhalten und  
298 ausbauen, denn sie stärken die Innovationskraft der Unternehmen, ermöglichen die

## Ausnutzung

299 von Skaleneffekten und begünstigen den internationalen Handel. Um die  
300 Digitalisierung zu  
301 gestalten, müssen wir Dienstleistungen von Plattformen und ihre Marktmacht  
regulieren. Die  
302 globale Lenkungswirkung des Binnenmarkts wollen wir steigern, indem wir  
sicherstellen, dass  
303 Unternehmen auf dem europäischen Markt auch international Verantwortung für ihre  
Produktions- und Vertriebsweise entlang der gesamten Wertschöpfungskette  
übernehmen. Die  
304 Handlungsspielräume von Kommunen in Europa wollen wir erhalten und die  
Daseinsvorsorge vor  
305 Liberalisierungsdruck schützen.

## 306 **Sozialunternehmen und Genossenschaften stärken**

307 Wir wollen die Bereiche der Wirtschaft stärken, in denen langfristige Nachhaltigkeit  
mehr  
308 zählt als kurzfristige Rendite. Wir unterstützen insbesondere Genossenschaften und  
309 Sozialunternehmen, weil sie gesellschaftliche Anliegen mit unternehmerischem  
Handeln  
310 verbinden. Dafür schaffen wir zielgruppenspezifische Finanzierungsinstrumente und  
wollen die  
311 Programme der klassischen Gründungs- und Innovationsfinanzierung ausweiten. Unser  
Ziel ist  
312 eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch inspirierten  
313 Unternehmen. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen für ihr Wirtschaften  
systematisch  
314 verbessern und bestehende Benachteiligungen beseitigen. Den Gründungszuschuss  
der  
315 Arbeitsagenturen wollen wir nicht allein vom wirtschaftlichen Gewinn, sondern auch  
von  
316 Erfolgskriterien von Social Start-ups abhängig machen. Nicht genutzte Guthaben auf  
317 verwaisten Konten wollen wir – sofern keine Erbensprüche vorhanden sind – für einen  
Fonds  
318 nutzen, der zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen investiert.

## 319 **Verantwortungseigentum stärken**

320 Wir setzen uns für die Einführung einer Unternehmensform für  
Verantwortungseigentum ein.  
321 Immer mehr Unternehmer\*innen verstehen ihr Unternehmen nicht als individuell  
konsumierbares  
322 Vermögen. Sie wollen, dass der Zweck ihres Unternehmens nicht dem kurzfristigen  
Shareholder-  
323 Value dient, sondern langfristig dem Sinn und Zweck des Unternehmens. Dafür  
brauchen sie  
324 eine Rechtsform, die eine hundertprozentige Vermögensbindung an das Unternehmen  
ermöglicht  
325 und ansonsten die Flexibilität der GmbH beibehält. Gewinne werden reinvestiert oder  
326 gespendet. Die Stimmrechte so einer „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“

können von den  
327 Beschäftigten im Kollektiv oder von Einzelnen treuhänderisch gehalten werden – sie  
werden  
328 nicht meistbietend verkauft, sondern, ähnlich wie in anwaltlichen Partnerschaften,  
immer an  
329 aktiv mit dem Unternehmen verbundene Personen weitergegeben.

## 330 **Wir bringen die Digitalisierung voran**

### 331 **Eine europäische Cloud-Infrastruktur**

332 Daten sind die Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere für Technologien  
wie die  
333 Künstliche Intelligenz. Gerade im industriellen Bereich wollen wir neue Ansätze  
schaffen, um  
334 eine gemeinsame, freiwillige Nutzung nicht personenbezogener Daten zum Beispiel  
aus  
335 Entwicklungs- und Fertigungsprozessen zu verbessern und rechtssicher zu gestalten.  
Davon  
336 profitiert vor allem der Mittelstand. Hierfür braucht es klare gesetzliche Spielregeln für  
337 kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle, die eine  
gemeinsame und  
338 durch Kartellbehörden überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Wir wollen  
eigene  
339 europäische Standards und Regeln setzen. Die eigene kritische Infrastruktur wollen wir  
340 schützen und eine gemeinsame europäische Cloud-Infrastruktur verwirklichen.

### 341 **Hightech-Standort ausbauen**

342 Die rasante Entwicklung des Corona-Impfstoffs von Wissenschaftler\*innen und  
343 Unternehmer\*innen aus Mainz hat gezeigt, welche Innovationskraft in unserer  
Forschungs- und  
344 Unternehmenslandschaft steckt. Eine Innovationskraft, die der Staat mit Tempo und  
345 entschlossenen Investitionen unterstützen muss. Vor allem die Bereiche Künstliche  
346 Intelligenz (KI), Quantencomputing-, IT-Sicherheits-, Kommunikations- und  
Biotechnologie  
347 oder auch die weitere Entwicklung von ökologischen Batteriezellen wollen wir  
besonders  
348 fördern, damit wir unsere technologische Souveränität sichern können und in der  
weltweiten  
349 Konkurrenz vorne mitspielen. Dabei legen wir einen besonderen Fokus darauf, die  
ökologischen  
350 und sozialen Potenziale der Technologien zu heben. So verbessern Innovationen die  
351 Lebensbedingungen der Menschheit und sichern den Wohlstand von morgen. Um im  
internationalen  
352 Standort-Wettbewerb mithalten zu können, bedarf es einer starken europäischen  
Vernetzung von  
353 Spitzenforschung. Wir investieren in Spitzenforschung und die Bildung von Clustern in  
diesen

354 Bereichen. Den Hightech-Standort auszubauen, heißt aber auch, die dringend  
benötigten  
355 Talente anzuziehen. In der Forschung bedeutet das, für Spitzenwissenschaftler\*innen  
auch  
356 Spitzengehälter zu zahlen.

### 357 **Start-up-Wagniskapital eine Richtung geben**

358 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende  
Technologien auch  
359 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.

360 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Start-ups und junge Unternehmen auf  
nationaler und  
361 europäischer Ebene können den Unterschied zwischen einer guten Idee auf dem  
Flipchart und  
362 einem weltweit erfolgreichen Unternehmen ausmachen. Ein staatlicher  
Wagniskapitalfonds kann  
363 helfen, unseren Gründer\*innen dauerhaft eine Heimat zu geben. Wir fordern, noch  
mehr und  
364 noch schneller zu investieren. Es geht aber auch darum, Kapital eine Richtung zu  
geben. Der  
365 Zukunftsfonds muss mehr nachhaltige Leuchtturm-Projekte finanzieren, dabei  
insbesondere in  
366 Bereiche wie Greentech, Künstliche Intelligenz, nachhaltige Mobilität oder Life-  
Sciences,  
367 deren hochkomplexe Geschäftsmodelle keine einfache Finanzierung am Markt  
bekommen.

### 368 **Internetgiganten regulieren**

369 Wir setzen uns für einen funktionierenden und fairen Wettbewerb auf digitalen  
Märkten ein.  
370 Durch übermäßige Marktmacht einzelner Internetgiganten wird dieser eingeschränkt  
oder gar  
371 aufgehoben. Relevante Erwerbsvorgänge von Tech-Konzernen sollten durch das  
Bundeskartellamt  
372 geprüft werden, um den strategischen Aufkauf von aufkeimender Konkurrenz („Killer  
373 Acquisitions“) zu verhindern. Dabei sollten Datenschutzbehörden eine Gelegenheit zur  
374 Stellungnahme erhalten. Die Interoperabilität ihrer digitalen Dienste sowie  
375 Datenportabilität sind wo immer möglich von bereits marktbeherrschenden  
Unternehmen  
376 verpflichtend zu gewährleisten. Unter dem Dach eines eigenständigen europäischen  
Kartellamts  
377 wollen wir deshalb eine europäische Digitalaufsicht etablieren, die als Frühwarnsystem  
378 fungiert und sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten  
aussprechen kann.  
379 Unternehmen sollen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden  
können, wenn  
380 ihre Marktmacht zu groß wird.

## 381 **Mehr Frauen in der Digitalwirtschaft**

382 Alle sollen an der Gestaltung der digitalen Transformation beteiligt sein und ihre  
383 Potenziale einbringen können. Deshalb werden wir eine Strategie „Frauen in der  
384 Digitalisierung“ vorlegen und umsetzen. Mädchen sollen schon in der Grundschule für  
385 Digitalthemen begeistert werden und ohne Technikgenderstereotype aufwachsen. Wir  
brauchen an  
386 den Hochschulen eine geschlechtersensible Lehre, die gezielte Ansprache von Frauen  
für  
387 Informatikstudiengänge sowie mehr Frauen in den Hochschulgremien, wo diese  
388 Richtungsentscheidungen getroffen werden. In der Digitalbranche ist ein Kulturwandel  
389 erforderlich, auch um unser volles Innovationspotenzial auszuschöpfen. Freiwillige und  
390 verpflichtende Maßnahmen für die Unternehmen sind notwendig, um  
diskriminierungsfreie  
391 Arbeitsplätze und einen gleichberechtigten Zugang zu Gestaltungspositionen in der  
digitalen  
392 Transformation zu ermöglichen. Für staatliche Institutionen soll Diversität ein  
Leitprinzip  
393 für alle Digitalstrategien sein.

## 394 **Transparente Algorithmen**

395 Datenverarbeitende und selbstlernende Systeme haben das Potenzial, neues Wissen  
zu  
396 generieren und so nachhaltigeres Handeln zu ermöglichen. Autonom entscheidende  
Systeme sind  
397 nicht neutral. Sie beruhen auf Daten und damit auch auf Werten und Vorurteilen aus  
der  
398 analogen Welt. Wir wollen daher Transparenz, Überprüfbarkeit und Grenzen, damit  
399 algorithmische Entscheidungssysteme nicht diskriminierend wirken. Wir schaffen einen  
nach  
400 Risiken abgestuften Ordnungsrahmen für den Einsatz automatischer Systeme, klare  
Regeln zur  
401 Nachvollziehbarkeit, zum Datenschutz und zur Datenqualität, um Kontrolle und  
Haftung zu  
402 ermöglichen. Das bedeutet auch eine Modernisierung des Allgemeinen  
Gleichbehandlungsgesetzes  
403 sowie strenge Kriterien für den Einsatz von algorithmischen und automatischen  
404 Entscheidungen, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung. Auch Plattformanbieter  
müssen  
405 ihre automatisierten Entscheidungen, Vergleiche oder Preise transparent machen und  
erklären  
406 können.

## 407 **IT-Sicherheit als Standortfaktor**

408 Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte und sind  
die  
409 Voraussetzung, damit der digitale Wandel gelingt. Der Staat bleibt in der Pflicht, diese  
zu  
410 gewähren. Gute IT-Sicherheit ist längst auch ein wichtiger Standortfaktor. Wer digital

411 souverän sein will, muss entsprechend handeln und darf die Sicherheit aller nicht  
412 unterlaufen. Wir setzen Anreize für beste IT-Sicherheit durch unabhängige  
Auditierungen und  
413 Zertifizierungen und wollen vor allem die KMUs sehr viel stärker durch ein dezentrales  
und  
414 unabhängiges IT-Beratungsnetzwerk unterstützen. Wir stärken unabhängige  
Aufsichtsstrukturen  
415 und schaffen neue Sanktionsmechanismen. Die IT-Sicherheit gefährdende  
Maßnahmen, wie den  
416 Handel und das staatliche Offenhalten von Sicherheitslücken, wollen wir beenden und  
eine  
417 Meldepflicht schaffen.

## 418 **Wir kämpfen für einen fairen und nachhaltigen Handel**

### 419 **Neustart für gute Handelsverträge**

420 Handel ist eine wichtige Grundlage unseres Wohlstandes: Fairer Handel trägt zur  
Vertiefung  
421 internationaler Partnerschaften und damit auch zu einer sicheren Welt bei. Gerade in  
Zeiten,  
422 die zunehmend unter den Vorzeichen eines Systemwettbewerbs zwischen  
demokratischen Staaten  
423 und China stehen, setzen wir auf eine proaktive Handelspolitik. Wir wollen einen  
424 multilateralen Welthandel und Handelsabkommen, die dem Wohlstand aller Menschen  
dienen, die  
425 Umwelt- und Klimaschutz einfordern und die Beziehungen mit unseren Partnern im  
Einsatz für  
426 Demokratie und Freiheit stärken. Eine Zersplitterung von Handelsbeziehungen  
erschwert ein  
427 internationales Miteinander. Die Chance, mit der neuen US-Administration die  
428 Handelskonflikte beizulegen und einen transatlantischen Markt für klimaneutrale  
Produkte zu  
429 schaffen, wollen wir ergreifen. Umweltschädliche Abkommen wie das EU-Mercosur-  
Abkommen mit  
430 lateinamerikanischen Staaten lehnen wir ab. Europa kann aufgrund des großen  
gemeinsamen  
431 Binnenmarktes selbstbewusst in Handelsverhandlungen gehen. Europäische  
Handelsverträge  
432 müssen verbindliche und durchsetzbare Umwelt- und Sozialstandards enthalten. Dazu  
zählt, das  
433 Pariser Klimaschutzabkommen sowie ILO-Kernarbeitsnormen zur Bedingung und  
einklagbar zu  
434 machen. Handelsabkommen sollten nicht nur Rechte für Unternehmen, sondern auch  
ihre  
435 Pflichten regeln. Deshalb setzen wir uns für einen multilateralen Handelsgerichtshof  
bei den  
436 Vereinten Nationen ein, der beides abdeckt. Internationale Konzerne dürfen durch  
Handels-  
437 und Investitionsklagen nicht noch mächtiger werden, daher lehnen wir



Klageprivilegien für  
438 ausländische Investoren ab. Die EU sollte aus dem vollkommen aus der Zeit gefallenem  
439 Energiecharta-Vertrag aussteigen. Am CETA-Abkommen haben wir erhebliche Kritik.  
Wir wollen  
440 daher das CETA-Abkommen in seiner derzeitigen Fassung nicht ratifizieren, sondern es  
bei der  
441 Anwendung der derzeit geltenden Teile belassen.

#### 442 **Aktive Außenwirtschaftspolitik und fairer Wettbewerb**

443 Damit gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer\*innen gelten, muss  
Europa  
444 reagieren können, wenn aus Drittländern mit unfairen Mitteln auf dem europäischen  
445 Binnenmarkt agiert wird, sowie eine aktive Außenwirtschaftspolitik betreiben. Dafür  
müssen  
446 Anti-Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente weiterentwickelt werden, um ein  
Level Playing  
447 Field auf globalen Märkten zu erreichen. Die Anti-Dumping-Regeln müssen noch  
stärker als  
448 bisher auch bei Dumping durch niedrige ökologische und soziale Standards anwendbar  
sein.  
449 Durch eine Reform des EU-Beihilferechts können Wettbewerbsverzerrungen durch  
staatlich  
450 geförderte Konzerne aus anderen Weltregionen verhindert werden. Die deutsche  
Exportförderung  
451 muss in Zukunft – anstelle von fossilen Anlagen und Kraftwerken – Hidden Champions  
452 unterstützen, die Hightech für bessere Umwelt- und Lebensbedingungen herstellen.  
Mit der EU-  
453 Kommission setzen wir uns für einen Grenzausgleich von CO<sub>2</sub>-Kosten ein, damit  
ambitionierter  
454 Klimaschutz nicht zum Wettbewerbsnachteil wird. Fairer Wettbewerb braucht auch  
neue  
455 rechtliche Instrumente gegen den wettbewerbsverzerrenden Charakter von  
Subventionen  
456 ausländischer Regierungen für aufgekaufte europäische Unternehmen und deren  
Produktionen in  
457 Europa.

#### 458 **Fairer Handel für eine nachhaltige Entwicklung im globalen Süden**

459 Die Entwicklungschancen der Länder des globalen Südens sind stark davon abhängig,  
wie fair  
460 die Handelspolitik gestaltet wird. Fairer Handel muss zum Standard werden. Dieser  
muss sich  
461 am Pariser Klimaabkommen sowie an der Agenda für nachhaltige Entwicklung  
orientieren. Es  
462 braucht im Sinne einer nachhaltigen globalen Strukturpolitik dringend eine gerechte  
463 Handelspolitik mit den Ländern des globalen Südens, die regionale Wertschöpfung,  
regionalen  
464 Handel und Integration fördert und ihnen genügend Raum lässt, durch Zölle und

Quoten ihre  
465 Märkte zu schützen sowie durch Exportsteuern die Ausfuhr heimischer Rohstoffe zu  
466 beschränken. So wird der Aufbau heimischer Industrien gefördert. Zölle für  
467 Entwicklungsländer auf verarbeitete Produkte sollen gesenkt bzw. abgeschafft werden.

## 468 **Lieferkettengesetz europäisch umsetzen**

469 Viel zu oft kaufen wir Dinge, deren Herstellung auf dem Raubbau an Mensch und Natur  
basiert,  
470 obwohl wir das gar nicht wollen. Damit Unternehmen künftig Umwelt- und  
Sozialstandards sowie  
471 Menschenrechte entlang der gesamten internationalen Produktions- und Lieferkette  
472 durchsetzen, braucht es ein verbindliches und wirksames Lieferkettengesetz auf  
nationaler  
473 wie europäischer Ebene. Kern einer solchen Regelung stellt eine zivilrechtliche Haftung  
dar,  
474 auf deren Grundlage Unternehmen im Schadensfall zur Verantwortung gezogen  
werden können.  
475 Zugleich ermöglicht ein verbindlicher Rahmen gleiche Wettbewerbsbedingungen am  
Markt und  
476 schafft Rechtssicherheit. Auf EU-Ebene werden wir uns zudem für einen Importstopp  
für  
477 Agrarprodukte einsetzen, die im Zusammenhang mit illegaler Entwaldung und  
478 Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung stehen. Weltweit wird Wald,  
insbesondere so  
479 wichtiger Tropen-, Ur- und Mangrovenwald, mit fortschreitender Geschwindigkeit  
abgeholzt und  
480 abgebrannt – auch für den Anbau von Soja und Palmöl oder zur Produktion von Leder,  
die in  
481 die EU importiert werden. Die EU-Holzhandelsverordnung wollen wir stärken und  
Strategien zur  
482 Reduktion von Palmöl und Soja in Deutschland voranbringen. Zur Kompensation  
gerodeter Wälder  
483 fördern wir hier und weltweit Wiederbewaldung und Renaturierung ohne Monokulturen.

## 484 **Wir machen die Finanzmärkte stabiler und nachhaltiger**

### 485 **Grüne Finanzmärkte**

486 Noch immer werden Milliarden in fossile Energien – und damit gegen unsere Zukunft –  
487 investiert. Wir werden durchsetzen, dass sich die öffentliche Hand vollständig aus  
diesen  
488 Investitionen zurückzieht. Öffentlich-rechtliche Banken und Pensionsfonds müssen eine  
489 Vorreiterrolle bei der grünen Finanzwende und dem Divestment einnehmen.  
Klimarisiken sollen  
490 offengelegt und bei Banken und Versicherungen mit Eigenkapital unterlegt werden  
sowie bei  
491 Ratings berücksichtigt werden. Alle Anlagen, nicht nur grüne, müssen eine  
492 Nachhaltigkeitsbewertung haben, die für alle Anleger\*innen transparent ist. Dabei sind

neben

493 den Klimazielen auch andere Umweltwirkungen, Menschenrechte, Arbeitsnormen und  
494 Entwicklungsziele zu berücksichtigen. In der Anlageberatung muss diese Bewertung  
einfließen.

495 Für besonders nachhaltige Finanzprodukte wollen wir ein EU-Label schaffen. So sorgen  
wir

496 dafür, dass Kapital von schmutzigen in grüne und nachhaltige Investitionen umgelenkt  
wird.

## 497 **Saubere Bilanzen am deutschen Kapitalmarkt**

498 Beim Bilanzskandal Wirecard sind die zuständigen Wirtschaftsprüfer\*innen und die  
staatliche

499 Aufsicht an ihrer Aufgabe gescheitert. Erst nachdem ein neues Unternehmen auf die  
Bilanzen

500 blickte, wurde ordentlich geprüft, während man die Jahre davor immer wieder Bilanzen

501 durchwinkte, um die eigenen Versäumnisse der Vorjahre zu vertuschen. Wir wollen,  
dass

502 Unternehmen in der Regel nach sechs Jahren ihre Wirtschaftsprüfer\*in wechseln  
müssen.

503 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dürfen nicht gleichzeitig Unternehmen beraten, die  
sie

504 prüfen. Wirtschaftsprüfer\*innen sollen nicht vom Unternehmen selbst, sondern von  
505 Unabhängigen ausgewählt werden. Die Aufdeckung von Bilanzbetrug muss als Ziel  
gesetzlich

506 verankert werden. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften müssen wirksam staatlich  
beaufsichtigt

507 werden. Die persönliche Haftung von Entscheider\*innen in Unternehmen muss bei

508 Rechtsverstößen tatsächlich wirksam werden. Auch Aufsichtsräte müssen gestärkt und  
kompetent

509 besetzt werden. Die Vergütung von Vorständen muss sich am langfristigen  
Unternehmenserfolg

510 statt am kurzfristigen Börsenkurs orientieren.

## 511 **Eine Finanzaufsicht mit Zähnen**

512 Wir brauchen eine Finanzaufsicht mit Zähnen, die Missstände aufzeigt, statt sie zu  
513 ermöglichen. Bei Wirecard hat auch die deutsche Finanzaufsicht (BaFin), wie so häufig  
zuvor,

514 kläglich versagt. Als Aufseher verbot die BaFin Leerverkäufe gegen Wirecard und  
zeigte

515 Journalist\*innen an, die Unregelmäßigkeiten aufdeckten. Das kam einem Persilschein  
für

516 Wirecard gleich. Anleger\*innen haben im Ergebnis nicht nur ihr Geld, sondern zugleich  
auch

517 das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland und seine Aufsicht verloren. Für ehrliche

518 Unternehmen wird die Finanzierung so künftig schwieriger und teurer. Kultur und

519 Selbstverständnis der BaFin müssen sich deshalb komplett ändern. Es braucht eine

520 Fehlerkultur innerhalb der Aufsicht und eine Kultur der Skepsis und des Hinterfragens.

Wir

521 wollen eine Finanzpolizei mit umfassenden Prüfungsrechten schaffen, die  
Informationen mit  
522 allen zuständigen Behörden im In- und Ausland austauscht.

### 523 **Das Bankgeschäft muss wieder langweilig werden**

524 Auch über zehn Jahre nach der Finanzkrise geht von Banken noch immer eine Gefahr  
für die  
525 Wirtschaft aus. Noch immer ist nicht ausgeschlossen, dass im Falle einer Pleite die  
526 Steuerzahler\*innen haften. Wir wollen deshalb zurück zum „Boring Banking“. Banken  
sollen  
527 nicht spekulieren, sondern die Realwirtschaft finanzieren. Statt der immer  
528 undurchsichtigeren Regulierungsflut wollen wir einfache und harte Regeln. Die  
529 Regulierungslücken bei Schattenbanken, Zahlungsdienstleistern und Fintechs  
schließen wir,  
530 jedes Produkt und jeder Akteur muss reguliert sein. Wir werden die Schuldenbremse  
(Leverage  
531 Ratio) für Banken verbindlich machen und schrittweise erhöhen. Das riskante  
532 Investmentgeschäft muss vom Einlagen- und Kreditgeschäft getrennt werden  
533 (Trennbankensystem). Es braucht eine starke Fusionskontrolle und zu große Banken  
sollen  
534 entflochten werden. Für kleine Banken, von denen kein Risiko für das Finanzsystem  
ausgeht,  
535 sollten hingegen einfachere Regeln gelten. Spekulation und Kurzfristorientierung  
werden wir,  
536 unter anderem durch eine europäische Finanztransaktionssteuer mit breiter  
537 Bemessungsgrundlage, unattraktiv machen.

### 538 **Schmutziges Geld einziehen**

539 Unser Land ist derzeit ein Paradies für Geldwäsche. Wir werden mit einer umfassenden  
540 Strategie gegen Geldwäsche vorgehen. Bei allen Gesellschaften, Stiftungen und  
sonstigen  
541 Konstrukten muss umfassende Transparenz über die wirtschaftlich Berechtigten  
bestehen.  
542 Lücken und Umgehungsmöglichkeiten des Transparenzregisters werden geschlossen.  
Die  
543 Finanzaufsicht muss in der Geldwäschebekämpfung eine aktive Rolle spielen, statt  
544 Verdachtsmeldungen nur weiterzureichen. Im Nichtfinanzsektor, gerade bei  
Immobilien, bleibt  
545 Geldwäsche besonders oft unentdeckt. Wir werden bundesweite Mindeststandards für  
Prüfungen,  
546 Ressourcen und Personal durchsetzen. Die Zuständigkeit für die Bekämpfung der  
Geldwäsche  
547 soll vollständig auf den Bund übergehen. Illegale Gelder und Vermögenswerte werden  
wir  
548 umfassend abschöpfen. Das Einfrieren von verdächtigen Finanztransaktionen wollen  
wir  
549 erleichtern und die Dauer von Transaktionsverböten verlängern, um die

550 Strafverfolgung zu  
sichern.

## 551 **Digitalen Euro einführen**

552 Digitales Bezahlen gewinnt in unserem Alltag stetig an Bedeutung. Es ist bequem,  
schnell und  
553 kontaktlos und soll noch sicherer werden. Wir wollen, dass die Europäische  
Zentralbank (EZB)  
554 einen digitalen Euro schafft. Sie gewährleistet dabei Daten- und Rechtssicherheit für  
555 Verbraucher\*innen und Unternehmen. Sie wirkt ungerechtfertigten Kosten durch  
Oligopole  
556 entgegen. Private Firmen können auf dieser Grundlage Produkte und Apps aufbauen.  
Ein  
557 digitaler Euro löst klassisches Bargeld nicht ab, sondern ergänzt es. Eine Aushöhlung  
des  
558 Geld- und Währungsmonopols durch private Währungen lehnen wir strikt ab. Bei allen  
digitalen  
559 Zahlungen und Kryptowährungen müssen die tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten  
analog zu  
560 Regelungen beim Bargeld ab einer gewissen Schwelle ermittelt werden. Zur  
Bekämpfung von  
561 Verbrechen wie Geldwäsche, Darstellung sexualisierter Gewalt gegen Kinder,  
562 Steuerhinterziehung und Terror-Finanzierung braucht es auch für den Bereich des  
digitalen  
563 Bezahlens klare Regeln.

## 564 **Wir vollenden die Europäische Wirtschafts- und** 565 **Währungsunion**

### 566 **In Europas Zukunft investieren**

567 Europas Gesellschaften und Unternehmen leben von einer starken öffentlichen  
Infrastruktur.  
568 Daher ist es umso gefährlicher, dass in den letzten Jahren so sehr auf Verschleiß  
gefahren  
569 und nicht investiert wurde. In wichtigen Zukunftsfeldern wie der Digitalisierung oder  
der  
570 Batterieproduktion droht Europa den Anschluss zu verlieren. Wir werden in der EU  
konsequent  
571 in Klimaschutz, Digitalisierung, Forschung und Bildung investieren. Dafür weiten wir  
den EU-  
572 Haushalt deutlich aus und staten ihn mit eigenen Einnahmen aus. Die EU soll die  
Einnahmen  
573 des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs erhalten. Auch die Besteuerung von Plastik und  
Digitalkonzernen und  
574 möglichst auch der Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken. Den neu  
geschaffenen  
575 Wiederaufbaufonds verstetigen wir, integrieren ihn fest in den EU-Haushalt,  
ermöglichen so

576 eine demokratische Kontrolle und nutzen ihn auch dauerhaft, um in wichtige  
Zukunftsbereiche  
577 zu investieren, etwa gemeinsame europäische Energienetze oder ein Schnellbahnnetz.  
Wir  
578 wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern den Stabilitäts- und  
Wachstumspakt so  
579 reformieren, dass ein zu hoher Spardruck verhindert wird und Zukunftsinvestitionen in  
allen  
580 Mitgliedsländern weiter erhöht werden können.

## 581 **Währungsunion vollenden, Europa krisensicher aufstellen**

582 Es war ein Fehler, dass die Konservativen jahrzehntelang eine eigene Fiskalpolitik  
Europas  
583 verhindert haben. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die EU ein Instrument für eine  
584 dauerhafte, eigene Fiskalpolitik erhält, dessen Einsatz im Krisenfall nicht durch  
einzelne  
585 Länder blockiert werden kann, sondern das den gemeinsamen europäischen  
Institutionen  
586 untersteht. Der Europäische Stabilitätsmechanismus wird zu einem europäischen  
Währungsfonds  
587 weiterentwickelt. In ihm erhalten die Länder eine nicht konditionierte kurzfristige  
588 Kreditlinie. So wird Spekulation gegen einzelne Staaten schon im Vorfeld abgewendet.  
Die  
589 Bankenunion wird durch eine gemeinsame Einlagensicherung als Rückversicherung  
vollendet,  
590 damit ein Euro überall gleich viel wert ist. Wir stehen zur Unabhängigkeit der  
Europäischen  
591 Zentralbank und befürworten ein breiteres Mandat, das ihr erlaubt, gleichberechtigt  
zur  
592 Preisstabilität auch Wohlstandsmehrung und hohe Beschäftigung anzustreben. Durch  
eine  
593 gemeinsame Fiskalpolitik entlasten wir die Zentralbank und sorgen dafür, dass sie  
künftige  
594 Brände nicht wieder alleine löschen muss.

## 595 **Euro zur Leitwährung machen**

596 Wir wollen, dass sich der Euro zu einer glaubwürdigen, internationalen Leitwährung  
597 entwickelt, damit Europa seine Souveränität bewahrt und ausbaut. Langfristig soll ein  
598 starker und stabiler Euro seinen Platz in einem kooperativen globalen  
Weltwährungssystem  
599 finden. Der Euro ist ein wesentlicher Baustein einer umfassenden Strategie, die  
europäische  
600 Werte auf der globalen Ebene stärkt und durchsetzt. Wir werden sichere europäische  
601 Vermögenswerte schaffen, in denen die Welt sparen kann. In Zukunftsmärkten wie  
Investitionen  
602 in Klimaschutz soll der Euro das internationale Zahlungsmittel werden. Um die  
internationale  
603 Rolle des Euro zu stärken, braucht es aber auch inner-europäische Solidarität: Wir  
wollen

604 Ungleichgewichte gemeinsam in Überschuss- und Defizitländern reduzieren sowie  
wirtschafts-  
605 und finanzpolitische Entscheidungen als Gemeinschaft treffen.

## 606 **Wir haushalten solide, weitsichtig und gerecht**

### 607 **Bundeshaushalt wird zukunftstauglich**

608 Wir wollen den Bundeshaushalt nachhaltiger und gerechter machen. Nachhaltiger wird  
er, wenn  
609 wir die umweltschädlichen Subventionen endlich beenden. Immer noch  
subventionieren die  
610 öffentlichen Haushalte des Landes mit über 50 Milliarden Euro klimaschädliches  
Verhalten,  
611 zum Beispiel mit der Subvention für Diesel oder schwere Dienstwagen. Wir werden  
diese  
612 Subventionen schrittweise abbauen und den Bundeshaushalt klimagerecht machen. In  
einem  
613 ersten Schritt können wir so über 10 Milliarden Euro jährlich einnehmen und sie für die  
614 Finanzierung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit einsetzen. Für die Ausgaben  
des  
615 Bundes streben wir eine Klimaquote an, die schrittweise steigen soll. Zur Finanzierung  
616 dieser nachhaltigen Ausgaben setzen wir auf grüne Anleihen. Mit Gender-Budgeting  
erreichen  
617 wir eine konsequente Berücksichtigung und Einbeziehung von Gleichstellungsaspekten  
bei  
618 finanz- und haushaltspolitischen Entscheidungen. Das macht den Haushalt gerechter.

### 619 **Sorgsamer Umgang mit Steuergeld**

620 In den vergangenen Jahren wurde im großen Umfang Geld im Bundeshaushalt  
verschwendet. Die  
621 Pkw-Maut war ein Desaster mit Ansage. Das Verteidigungsministerium hat Millionen in  
teure  
622 Beraterverträge versenkt. Schlecht gemachte öffentlich-private Partnerschaften haben  
sich  
623 für die privaten Unternehmen als lukrativ und für die Steuerzahler\*innen als teuer  
erwiesen.  
624 Wir werden sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler\*innen umgehen. Wir werden  
künftig  
625 Transparenz herstellen und ÖPP-Verträge veröffentlichen. Infrastruktur wird die  
öffentliche  
626 Hand künftig wieder selbst finanzieren und kann so auf ÖPP-Verträge verzichten. Im  
627 Straßenbau wollen wir ÖPP-Projekte gesetzlich ausschließen. Die Kontrolle bei  
Bauvorhaben  
628 und großen öffentlichen Beschaffungen wird verbessert.

## 629 **Schuldenbremse reformieren, Investitionsregel einführen**

630 Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise über tragfähige Staatsfinanzen. Die  
631 Zinsen  
632 sind historisch niedrig, das Vertrauen in deutsche Staatsanleihen ist hoch. Wir haben  
633 aber  
634 ein Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen verfallen und Deutschland  
635 gehört  
636 beim schnellen Internet zu den Schlusslichtern der EU. Wir investieren zu wenig in  
637 unser  
638 Land. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand  
639 gefährden.  
640 Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz zeitgemäß gestalten – um die so  
641 dringenden  
642 Investitionen zu ermöglichen. Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen  
643 strikten Regelungen; bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen,  
644 erlauben  
645 wir eine begrenzte Kreditaufnahme. So schaffen wir öffentliches Vermögen, das uns  
646 allen  
647 gehört, denn die Rendite öffentlicher Investitionen ist hoch, während der Bund keine  
648 Zinsen  
649 für seine Kredite bezahlt. Das schafft ein hohes und nachhaltiges  
650 Wirtschaftswachstum, das  
651 sicherstellt, dass unsere Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftskraft weiter abnehmen.  
652 Die  
653 kluge Unternehmerin spart nicht, sie investiert. Der kluge Staat tut es ihr gleich.

## 643 **Mehr Steuergerechtigkeit schaffen**

644 Steuern sind die Grundlage für die Finanzierung unseres Gemeinwesens. Angesichts  
645 der Corona-  
646 Krise wird die öffentliche Haushaltslage in den kommenden Jahren sehr angespannt  
647 sein. Daher  
648 müssen alle Veränderungen im Steuerrecht mindestens aufkommensneutral sein. Ziel  
649 ist, dass  
650 alle einen fairen Beitrag leisten. Heute aber tragen die obersten 10 Prozent der  
651 Einkommen  
652 über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die mittleren Einkommen. Das  
653 ändern wir,  
654 indem wir den Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen, um kleine und mittlere  
655 Einkommen  
656 zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir den Spitzensteuersatz moderat anheben. Ab  
657 einem  
658 Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare wird eine  
659 neue  
660 Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt. Ab einem Einkommen von  
661 250.000 bzw.  
662 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzensteuersatz von 48 Prozent.  
663 Zusätzlich  
664 werden hohe Managergehälter oberhalb von 500.000 Euro nicht mehr zum Abzug als  
665 Betriebsausgaben zugelassen. Die Abgeltungsteuer für Kapitalerträge schaffen wir ab



und  
656 besteuern diese Einkommen wieder progressiv. Damit zahlen diejenigen mit hohen  
Zinseinkommen  
657 und Spekulationsgewinnen höhere Steuern, Aktienkleinanleger\*innen werden  
entlastet. Mit der  
658 immer stärker steigenden Ungleichheit finden wir uns nicht ab, sondern wollen große  
Vermögen  
659 nach der Corona-Krise wieder besteuern. Dafür gibt es verschiedene Instrumente. Die  
660 Einführung einer neuen Vermögensteuer für die Länder ist unser bevorzugtes  
Instrument. Die  
661 Länder sollten die Einnahmen dieser Steuer für die Finanzierung der wachsenden  
662 Bildungsaufgaben einsetzen. Die Vermögensteuer sollte für Vermögen oberhalb von 2  
Millionen  
663 Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen. Begünstigungen für  
Betriebsvermögen  
664 werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang  
einführen.  
665 Dabei streben wir Lösungen an, die zusätzliche Anreize für Investitionen schaffen und die  
666 besondere Rolle und Verantwortung von mittelständischen und Familienunternehmen  
667 berücksichtigen.

## 668 **Konsequent gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung vorgehen**

669 Jedes Jahr verlieren die Steuerzahler\*innen hohe Milliardenbeträge durch  
Steuerhinterziehung  
670 und aggressive Steuervermeidung. Wir wollen mit einer umfassenden Strategie  
dagegen  
671 vorgehen. Die europäische Anzeigepflicht für Steuergestaltungen muss um eine  
Verpflichtung  
672 für rein nationale Gestaltungen ergänzt werden. Zusätzlich zur bestehenden  
Steuerpflicht  
673 nach dem Wohnsitz wird eine Steuerpflicht auch nach der Nationalität eingeführt, um  
rein  
674 steuerlich motivierte Wohnsitzwechsel zu verhindern. Wir werden regelmäßig die  
Steuerlücke  
675 schätzen lassen. Die Steuerverwaltung muss deutlich gestärkt werden. Um  
Vollzugsdefizite bei  
676 der Bekämpfung von Steuervermeidung großer Konzerne und reicher Bürger\*innen zu  
beheben,  
677 schaffen wir eine Spezialeinheit auf Bundesebene. Steuerhinterziehung ahnden wir  
härter, die  
678 Umgehung der Grunderwerbsteuer mit Share-Deals muss endlich unterbunden  
werden. Cum-ex- und  
679 Cum-cum-Geschäfte beenden wir, wo sie immer noch möglich sind.

## 680 **Konzerne angemessen besteuern**

681 Durch Buchungstricks verschieben große Konzerne ihre Gewinne in Steuersümpfe. So  
fehlen

682 Milliarden für unsere Infrastruktur, und die Firmen verschaffen sich unfaire  
683 Wettbewerbsvorteile gegenüber kleineren Unternehmen. Wir wollen dafür sorgen, dass  
Konzerne  
684 ihre Gewinne, Umsätze und Steuerzahlungen nach Ländern umfänglich öffentlich  
machen müssen,  
685 und setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung eines solchen Country-by-  
Country-  
686 Reportings auf europäischer Ebene ein. In Europa führen wir eine gemeinsame  
687 Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern und einen Mindeststeuersatz von  
  
688 mittelfristig 25 Prozent ohne Ausnahmen ein. Google, Facebook und Co. werden mit  
einer  
689 Digitalkonzernsteuer endlich angemessen besteuert. Banken und Steuerberater\*innen  
verbieten  
690 wir, Geschäfte in Steuersümpfen zu tätigen oder dorthin zu vermitteln. Wir setzen uns  
dafür  
691 ein, auch in Steuerfragen zu Mehrheitsentscheidungen in der EU überzugehen. Soweit  
692 europäische Einigungen nicht gelingen, gehen wir voran, in verstärkter  
Zusammenarbeit oder  
693 gemeinsam mit einzelnen Staaten. National gehen wir gegen Gewinnverschiebungen  
mit einer  
694 verschärften Zins- und Lizenzschränke und mit Quellensteuern vor.